



# HESSISCHER LANDTAG

18. 03. 2025

Plenum

## Antrag

### Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### Hilfen für das Frankfurter Bahnhofsviertel — Taten statt Worte!

Die gesundheitliche Versorgungssituation von Menschen mit Drogenabhängigkeit im Frankfurter Bahnhofsviertel hat sich im Nachgang der COVID-19-Pandemie dramatisch zugespitzt. Dass das Frankfurter Bahnhofsviertel mehr Unterstützung braucht, hat mittlerweile auch Ministerpräsident Boris Rhein erkannt und kündigt deshalb zurecht eine stärkere Unterstützung des Landes an. In seinem Sieben-Punkte-Plan ist von einer Stärkung der Hilfen für Menschen mit Drogenabhängigkeit allerdings kaum die Rede. Stattdessen setzt der Ministerpräsident primär auf Repressionen und spricht sogar von Verdrängung.

In seinem Sieben-Punkte-Plan für das Frankfurter Bahnhofsviertel führt Ministerpräsident Boris Rhein in Punkt 7 zurecht die Bedeutung der sozialen und integrationspolitischen Gemeinwesen- und Quartiersarbeit an und verspricht eine Stärkung dieser. Ein vom Land gefördertes Projekt Gemeinwesenarbeit im Bahnhofsviertel gibt es jedoch gar nicht. Sozialministerin Hofmann will gleichzeitig bei der Gemeinwesenarbeit in Millionenhöhe kürzen. Damit würde verhindert, dass weitere Projekte hinzukommen können.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass es sich bei Drogenabhängigkeit um eine chronische und komplexe Erkrankung handelt, die sowohl psychische als auch physische Komponenten umfasst. Entsprechend benötigen an einer Drogenabhängigkeit erkrankte Menschen umfassende medizinische, psychologische und soziale Hilfen.
2. Der Landtag stellt fest, dass sich im Zentrum des Frankfurter Bahnhofsviertels täglich eine sehr hohe Zahl hilfsbedürftiger, suchtkranker Menschen aufhält, denen im umfassenden Sinne geholfen werden muss.
3. Er stellt außerdem fest, dass das Frankfurter Bahnhofsviertel gleichzeitig nach wie vor eine überdurchschnittlich hohe Kriminalitätsrate aufweist und Aufenthaltsort von Drogendealern und anderen Straftätern ist. Zu deren Bekämpfung leistet die Polizei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln großartige und erfolgreiche Arbeit. Diese Arbeit gilt es anzuerkennen und weiter zu unterstützen.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Drogenpolitik der Stadt Frankfurt in den letzten 30 Jahren dazu geführt hat, dass die Anzahl der Drogentoten in Frankfurt signifikant gesunken ist — von ehemals jährlich 150 bis 200 auf aktuell 20 bis 23 Personen. Die vier Säulen dieser Politik — des sogenannten Frankfurter Weges — bildeten von Beginn an Repression, Prävention, Überlebenshilfe und Therapie. Der Frankfurter Weg gilt zurecht als beispielhaft für eine moderne und humanitäre Drogenpolitik. Er hat vielen hunderten, hilflosen Erkrankten — beispielsweise damals in der Taunusanlage — den Zugang zu medizinischer, psychologischer und sozialer Hilfe ermöglicht. Er hat dazu beigetragen, Menschenleben zu retten, die Gesundheitsversorgung von Menschen mit Drogenabhängigkeit zu verbessern, die offene Drogenszene zu reduzieren und er hat suchtkranke Menschen zurück in ein selbstbestimmtes Leben in Würde geführt. Den hunderten von Mitarbeitenden in den vielen Frankfurter Hilfseinrichtungen drückt der Landtag deshalb seine Anerkennung und seinen ausdrücklichen Dank für ihre geleistete, höchst anspruchsvolle Arbeit aus. Der Landtag begrüßt, dass die Stadt Frankfurt am Main diesen Weg stetig weiterentwickelt hat und weiterentwickeln wird, um neuen Herausforderungen, wie beispielsweise der steigenden Verbreitung von Crack, oder dem Anstieg bei synthetischen Opioiden, zu begegnen.

5. Der Landtag stellt fest, dass die Stadt Frankfurt am Main in Hessen eine zentrale Rolle in der Versorgung und Unterstützung von suchtkranken Menschen in Hessen übernimmt. Mehr als 50 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer der niedrigschwelligen Einrichtungen der Drogenhilfe in Frankfurt kommen aus dem Umland. Daher ist es zwingend erforderlich, dass sich das Land mit weiteren Mitteln für die Drogenhilfe in Frankfurt engagiert und die Stadt finanziell unterstützt. Mit diesen Mitteln können u. a. die aufsuchende Sozialarbeit im Bahnhofsviertel gestärkt, Öffnungszeiten und Angebote der Schutzräume erweitert sowie wertvolle Hilfe beim Aufbau des geplanten Suchthilfezentrums im Bahnhofsviertel geleistet werden. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang den mit dem 7-Punkte-Plan erfolgten Sinneswandel der Landesregierung, Frankfurt unterstützen zu wollen. Eine Unterstützung, die Gesundheitsministerin Stolz noch am 19. November 2024 in der Fragestunde des Plenums ablehnte.
6. Der Landtag stellt fest, dass für eine umfassende Versorgung suchtkranker Menschen in Hessen ein flächendeckendes kommunales Netz an Unterstützung der Sucht- und Drogenhilfe notwendig ist. Alle hessischen Kommunen sind in die Verantwortung für die Betreuung suchtkranker Menschen zu nehmen. Er erwartet deshalb von der Landesregierung ein „Drogenhilfegesetz“ für Hessen zu erarbeiten, welches auch in Städten außerhalb Frankfurts niedrigschwellige Hilfs- und Beratungsangebote für Menschen mit Drogenabhängigkeit gewährleistet.
7. Der Landtag stellt fest, dass angesichts der sich verschärfenden Situation im Frankfurter Bahnhofsviertel eine nachhaltige Stärkung der Gemeinwesenarbeit im Bahnhofsviertel notwendig ist, um das soziale Umfeld dort weiter zu stabilisieren und zu verbessern. Der Landtag begrüßt die Äußerungen des Ministerpräsidenten, die Probleme vor Ort angehen zu wollen und die Gemeinwesenarbeit im Frankfurter Bahnhofsviertel „stärker zu unterstützen“. Vor dem Hintergrund, dass es bisher leider keine — auch keine vom Land geförderte — Gemeinwesenarbeit im Bahnhofsviertel gibt, wird die Landesregierung aufgefordert, aus dem im hessischen Haushalt zur Verfügung stehenden Budget für Gemeinwesenarbeit ein Projekt „Quartiersmanagement Bahnhofsviertel“ zu finanzieren.
8. Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Landesregierung, für Suchterkrankte Zugang zu Wohnraum zu schaffen und die Anstrengungen zu intensivieren, die Situation für Wohnungslose zu verbessern. Zur Stärkung der Säule der Prävention des Frankfurter Wegs ist dies unverzichtbar.
9. Der Landtag stellt fest, dass eine von Boris Rhein im Sieben-Punkte-Plan geforderte „Verlagerung von Beratung, Betreuung und Behandlung“ Suchterkrankter nicht zielführend ist und die Gefahr birgt, die Drogenszene über die Stadt zu verteilen und deren Kontrolle zu erschweren. Entsprechend fordert der Landtag die Landesregierung auf, konkrete Vorschläge und Konzepte dazu vorzulegen, wohin die geforderte Verlagerung erfolgen soll.
10. Der Landtag stellt fest, dass eine zwangsweise Einweisung und der Verbleib von Suchtkranken in eine psychiatrische Klinik nur bei einer Selbst- oder Fremdgefährdung der betroffenen Person erfolgen darf. Die Landesregierung wird außerdem aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, wie die Kapazitäten der ohnehin überlasteten Psychiatrien erweitert werden sollen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 18. März 2025

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Mathias Wagner (Taunus)**